

VORANSCHLAG  
DER  
LANDESHAUPTSTADT  
LINZ  
FÜR DAS JAHR  
2013

Genehmigt mit GRB vom 13.12.2012

Flächenausmaß der Stadt	9.609 ha
Einwohnerzahl der Stadt per 31.10.2011	190.802

## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
<b>Vorbericht des Finanzdirektors</b>	V-4 - V-36
Zur Erstellung des Voranschlagsentwurfes	V-4 - V-7
Zur mittelfristigen Finanzplanung 2014 bis 2016	V-8
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	V-9 - V-10
Rechnungsquerschnitt - Ermittlung Maastricht-Ergebnis	V-11 - V-13
Gender Budgeting	V-14
Eigene Steuern, Bundesabgabenertragsanteile und Gebühren	V-15
Zur Charakteristik des Haushaltes	V-16 - V-20
Zur Voranschlagssystematik	V-21 - V-25
Querschnitt nach Postengruppen	V-26 - V-35
Zusammenfassung	V-36
<b>Gesamthaushalt</b>	1
<b>Gruppen des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes</b>	2 - 3

## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
<b>Ordentlicher Haushalt</b>	4 - 217
Zusammenstellung der Teilabschnitte	4 - 19
Gruppe 0 - Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	20 - 71
Gruppe 1 - Öffentliche Ordnung und Sicherheit	72 - 81
Gruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	82 - 111
Gruppe 3 - Kunst, Kultur und Kultus	112 - 128
Gruppe 4 - Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	129 - 146
Gruppe 5 - Gesundheit	147 - 157
Gruppe 6 - Straßen- und Wasserbau, Verkehr	158 - 169
Gruppe 7 - Wirtschaftsförderung	170 - 172
Gruppe 8 - Dienstleistungen	173 - 203
Gruppe 9 - Finanzwirtschaft	204 - 217
 <b>Außerordentlicher Haushalt</b>	 219 - 279
Zusammenstellung der Teilabschnitte	220 - 225
Gruppen 0 bis 9	226 - 279
 <b>Nachweise besonderer Art</b>	 281 - 329
Dienstposten- und Stellenplan	282
Leistungen für Personal und Pensionen	283
Finanzzuweisungen, Zuschüsse oder Beiträge von und an Gebietskörperschaften	284 - 291
Vergütungen	292 - 293
Schuldenstand und Schuldendienst	294 - 316
Rücklagen	317
Leasingverpflichtungen	318
Überleitungstabelle gemäß Stabilitätspakt	319
Mittelfristige Finanzplanung 2014 bis 2016	320 - 323
Wirtschafts- und Dienstpostenplan Kinder- und Jugend-Services Linz	324 - 325
Wirtschafts- und Dienstpostenplan Museen der Stadt Linz	326 - 327
Investitions- und Instandhaltungsprogramm der Immobilien Linz GmbH & Co KG	328 - 329

## V O R B E R I C H T   2 0 1 3

### Zur Erstellung des Voranschlagsentwurfes

Maßgebende gesetzliche Rahmenbedingungen für die Erstellung des Voranschlages 2013 stellen unter anderem das Finanzausgleichsgesetz 2008, der aktuelle österreichische Stabilitätspakt 2011 sowie der noch nicht veröffentlichte doch durch den Nationalrat und Bundesrat bereits beschlossene Stabilitätspakt 2012, das mit 30.07.2011 in Kraft getretene Pflegefondsgesetz sowie die relevanten Normen des sekundären und tertiären Finanzausgleichs dar.

Unter Berücksichtigung der neuen Berichtspflichten aus dem Stabilitätspakt 2011 bzw. 2012 wird zum VA 2013 eine mittelfristige Finanzplanung über 3 Jahre (MF 2014-2016) sowie eine Überleitung zwischen dem Voranschlag und dem Finanzierungssaldo lt. ESVG (Magistrat inkl. der dem Sektor Staat zugeordneten städtischen Gesellschaften inklusive Immobiliengesellschaften und Krankenanstalten) dargestellt.

Da die Aufrechterhaltung der dauerhaften wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt Linz sichergestellt werden muss - ein Prinzip, das auch im Statut für die Landeshauptstadt Linz verankert ist - hat die FVV bei der Erstellung des VA 2013 einen betont restriktiven Budgetkurs eingeschlagen.

Dieser Budgetkurs wird bei der Gegenüberstellung von Kennzahlen der mittelfristigen Planung für 2013, die der GR am 15. Dezember 2011 beschlossen hat und dem aktuellen VA 2013 sichtbar.

(in Mio €)	MF 2013 (GR-B v. 15.12.2011)	VA 2013	Konsolidierung
Saldo Vorweghaushalt	+195,5	+213,3	+17,8
Saldo GG-Budget	-213,0	-209,1	+3,9
Ergebnis lfd. Gebarung	-17,1	+4,5	+21,6
Einnahmen Vermögensgebarung	+15,5	+12,3	-3,2
Ausgaben Vermögensgebarung	-78,2	-63,4	+14,8
Saldo lfd. u. Vermögensgebarung	-79,8	-46,5	+33,3
Maastrichtergebnis Kernhaushalt	-50,6	-21,3	+29,3

Die Verbesserung des Saldos der laufenden Gebarung wurde im Wesentlichen durch folgende Maßnahmen erreicht:

**Einnahmenseite:**

Parkgebühren inkl. Strafgeelder	+5,30 Mio. €
Sozial gestaffelte Essensbeiträge in städtischen und privaten Kindergärten	+1,35 Mio. €
Mieteinnahmen (Sporthallen, Volkshäuser, etc.)	+1,15 Mio. €
Dividende Linz AG	+2,80 Mio. €

**Ausgabenseite:**

Pensionen	-1,64 Mio. €
Zinsendienst	-3,80 Mio. €
Transferzahlungen Land OÖ (v.a. Krankenanstaltensprengelbeitrag)	-2,10 Mio. €
Zuschüsse an städtische Gesellschaften	-1,00 Mio. €

Darüber hinaus wurden bei zahlreichen Positionen Veränderungen in kleinerem Ausmaß vorgenommen, sodass der Saldo der lfd. Gebarung eine Verbesserung um 21,6 Mio. € verzeichnen kann.

Die Ausgabenkürzungen in der Vermögensgebarung im Ausmaß von 14,9 Mio. € betreffen Investitionen der Stadt (Grunderwerb, Straßenbau, Beleuchtung, Leasingverbindlichkeiten für Lentos und Wissensturm – Zahlung der zweiten Jahresrate im Jänner 2014) und investive Zuschüsse für die städtischen Gesellschaften LINZ AG und ILG.

Durch die o.a. Maßnahmen konnte erreicht werden, dass die im Statut für die Landeshauptstadt Linz (StL § 58 (3), Z 3) normierten Obergrenzen für den Abgang im Gesamthaushalt und den Schuldendienst eingehalten werden können.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die 10% Grenze beim Abgang Gesamthaushalt nur knapp unterschritten wird. Die FVV wird daher beim Budgetvollzug ein laufendes Monitoring durchführen. Sollte sich ein Überschreiten des Grenzwertes abzeichnen wird der Finanzreferent informiert und Maßnahmen zur Gegensteuerung vorgeschlagen.

Es sei generell darauf hingewiesen, dass der VA 2013 unter der Prämisse erstellt wurde, dass die gesamtwirtschaftliche Lage stabil bleibt bzw. sich im Rahmen der Prognosen bewegt. Die für die ergiebigsten Einnahmen (Bundesabgabenertragsanteile, Kommunalabgabe) eingestellten Werte können nur bei diesem Szenario erreicht werden.

Zum VA 2013 werden auf Basis der eingangs angeführten Rechtsgrundlagen sowie aktueller konjunktureller Prognosen, die Ende September seitens der Wirtschaftsforschungsinstitute nach unten korrigiert wurden, Ertragsanteile von rd. 227,4 Mio. € erwartet. Dies ist eine Steigerung von 5,1% gegenüber 2012.

Die Eigenen Steuern der Stadt Linz werden für 2013 mit 176,3 Mio. € erwartet. Gegenüber 2012 ist dies eine Steigerung um 7,6 %. Darin enthalten ist ein Effekt aus der Erhöhung der Parkgebühren, der 3,2 % ausmacht. Getragen wird das Volumen der Eigenen Steuern in erster Linie von der Kommunalabgabe mit veranschlagten 131,2 Mio. €. Darüber hinaus wird wie in den Vorjahren der städtische Haushalt ausgabenseitig durch die jährlich anfallenden Transferleistungen an das Land Oberösterreich stark gefordert.

Im Personalbereich ist eine Ausgabenerhöhung von 1,9% gegenüber 2012 enthalten. Darin enthalten ist ein mehrheitlich berücksichtigter 1%iger Fluktuationsabschlag.

Der im Rechnungsabschluss 2011 gezeigte Soll-Abgang im ordentlichen Haushalt in Höhe von rund 13 Mio. € wird gemäß kameraler Buchführung (VRV) im Voranschlag 2013 als tatsächlicher Abgang (VRV 86) ausgewiesen. Der sich gemäß den Planungen zum VA 2013 ergebende Soll-Abgang in Höhe von rund 26 Mio. € wird analog dem Rechnungsabschluss 2011 und auf Basis der VRV als buchungstechnische Einnahme (VRV 83) gezeigt.

Im Hinblick auf die Notwendigkeit von maßvollen Ausgabenleistungen und einer unbedingt notwendigen Einhaltung der Budgetansätze soll auch im Zuge des Vollzugs 2013 eine Ausgabensperre (analog der Struktur 2011 bzw. 2012) im ordentlichen sowie im außerordentlichen Haushalt durchgeführt werden. Die Details werden gemäß der Verordnung des Gemeinderates vom 8.3.2012 betreffend die Kürzung von veranschlagten Ausgabenbeträgen (Ausgabensperre) durch den Stadtsenat beschlossen.

Der VA 2013 berücksichtigt die aktuelle Geschäftseinteilung des Stadtsenates.

Die Erstellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2013 erfolgte nach dem im Statut für die Landeshauptstadt Linz und in der Haushaltsordnung vorgesehenen Verfahren unter Berücksichtigung der Vorgaben der VRV.

Die städtischen Dienststellen haben unter Zugrundelegung der von der Finanz- und Vermögensverwaltung erarbeiteten Vorgabewerte ihre Vorschläge bis zum Ende der Mittelanmeldung per 24.8.2012 vorgelegt, die in darauffolgenden Gesprächen auf Ebene der Gruppenleitungen bzw. für den Bereich der Vermögensgebarung im Rahmen der Investitionskomitees weiter optimiert wurden.

Die gemäß § 18 (2) und § 18 (3) der Haushaltsordnung durchgeführten Absprachen unter Einbeziehung der politischen ReferentInnen brachten folgendes Ergebnis:

	laufende Gebarung	Vermögensgebarung	Finanztransaktionen
Einnahmen	556.633.800,--	12.340.400,--	154.676.700,--
Ausgaben	552.138.100,--	63.372.600,--	134.533.400,--
Überschuss	4.495.700,--	0,--	20.143.300,--
Abgang	0,--	-51.032.200,--	0,--

2013 wurden 57,2 Mio. € (mit Sondertilgungen 132,7 Mio. €) Darlehensaufnahmen (Seite V - 20) veranschlagt. Diesen stehen Darlehenstilgungen in Höhe von 38,7 Mio. € (mit Sondertilgungen 114,2 Mio. €) gegenüber.

Auf Basis der gezeigten Rahmenbedingungen, der im Stabilitätspakt 2012 nochmals verstärkten Stabilitätsverpflichtungen und der gesetzten Maßnahmen u.a. Einnahmenerhöhungen bei Parkgebühren bzw. die konsequente Verfolgung von Ausgabendämpfungen bzw. -kürzungen konnte mit 4,5 Mio. € eine positive laufende Gebarung (VA 2012: -14,8 Mio. €) erreicht werden. Unter Berücksichtigung der Vermögensgebarung und der wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt wird das Maastricht-Ergebnis Kernhaushalt bei -21,3 Mio. € erwartet.

Der Stabilitätspakt 2012 (Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Österreichischen Stabilitätspakt 2012 - ÖStP 2012) tritt rückwirkend mit 01.01.2012 in Kraft. Dieses Gesetz normiert hinsichtlich des Finanzierungssaldos gemäß ESVG Vorgaben, die von der Stadt Linz aktuell nicht erfüllt werden. Grundsätzlich enthält das Gesetz die Vorgabe, dass die Gemeinden in Summe einen ausgeglichenen Saldo zu erreichen haben. In einer Übergangsfrist bis 2016 sind Unterschreitungen zulässig. Für die oberösterreichischen Gemeinden insgesamt ist ein Unterschreibungsbetrag

2012: - 63,8 Mio. €

2013: - 31,9 Mio. €

zulässig. Eine Unterverteilung auf die Stadt Linz ist derzeit nicht bekannt. Die Stadt Linz erreicht voraussichtlich folgenden Finanzierungssaldo gemäß ESVG:

2012: - 70,1 Mio. €

2013: - 57,1 Mio. €

Da nicht davon ausgegangen werden kann, dass der Stadt Linz ein Defizitkontingent in der erforderlichen Höhe eingeräumt werden wird, liegt grundsätzlich ein sanktionsrelevanter Sachverhalt vor. Als Sanktionszahlung legt das Gesetz 15% des Überschreibungsbetrages fest. Eine Sanktion wird jedoch dann nicht fällig, wenn durch die Übererfüllung anderer Gemeinden bzw. des Landes OÖ Überschüsse rechnerisch auf die Stadt Linz übertragen werden können. Diese Konstellation dürfte in Bezug auf das Jahr 2012 gegeben sein. Für 2013 kann dies noch nicht abgeschätzt werden.

### **Zur mittelfristigen Finanzplanung 2014 bis 2016 (Seite 320-323)**

Die mittelfristige Planung bis 2016 beinhaltet im Wesentlichen die Fortschreibung der Planungen zum VA 2013. Diskretionäre Eingriffe, die zu Veränderungen in Bezug auf das städtische Leistungsprogramm führten, oder über "normale" Valorisierungen hinausgehende Einnahmenerhöhungen wurden nicht eingeplant.

Da wie bereits ausgeführt, der ÖStP 2012 die Gemeinden in Summe verpflichtet, mittelfristig einen ausgeglichenen Haushaltssaldo zu erzielen – eine Vorgabe, die in der aktuellen Haushaltsfortschreibung nicht gewährleistet ist – ist daher ein mehrjähriger und konsequenter Spar - und Konsolidierungskurs einzuschlagen.

Dieser Spar - und Konsolidierungskurs muss sich auf mehrere Eckpfeiler abstützen:

- 1) Rigides Kostenmanagement bei der Organisation und Erbringung des Leistungsangebotes; das ist eine ständige Aufgabe, die von der Verwaltung der Stadt einzufordern ist.
- 2) Unter den gegebenen und für die mittelfristige Perspektive absehbaren Rahmenbedingungen wird das Leistungsprogramm der Stadt in der gegebenen Breite und Tiefe finanziell nicht darstellbar sein. Es müssen daher die zentralen Fragestellungen aufgeworfen und bearbeitet werden, die lauten:

"Welche Leistungen und Transferzahlungen werden von der Stadt Linz bzw. von Gesellschaften der Unternehmensgruppe in Zukunft gestrafft, redimensioniert oder gar nicht mehr erbracht?"

"Gibt es Potenziale zur Erzielung zusätzlicher Einnahmen?"

Diese Fragestellungen sind von der Verwaltung und der Politik gemeinsam zu bearbeiten.

Für die Bearbeitung dieser komplexen Fragestellungen wird die Errichtung einer gesonderten Projektorganisation als zweckmäßig erachtet. Da Ergebnisse bereits in den VA 2014 einfließen müssen, sollten die Arbeitsergebnisse bereits Mitte 2013 vorliegen.

## Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich in einem ungünstigen, internationalen Umfeld vergleichsweise gut. Im ersten Quartal 2012 legte das reale BIP mit +0,5 % (gegenüber dem Vorquartal) kräftig zu. Im zweiten Quartal wuchs die Wirtschaft mangels Impulsen vom Außenhandel mit +0,1 % (gegenüber dem Vorquartal) nur noch gering. Für die zweite Jahreshälfte muss aufgrund des anhaltend schwachen externen Umfelds mit einer weiteren Abkühlung gerechnet werden. Exporte und Investitionen werden im zweiten Halbjahr kaum Wachstumsimpulse liefern. Als Stütze wirkt der private Konsum, der von der guten Beschäftigungsentwicklung, hohen Lohnzuwächsen und dem Rückgang der Inflation profitiert. In Summe dürfte ein Wachstum des realen BIP von etwa +0,6 % im Gesamtjahr 2012 erreicht werden.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich bis zur Jahresmitte noch ausgesprochen gut und besser als es die wirtschaftliche Entwicklung erwarten ließe. Im EU-Vergleich ist Österreich das Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote. Die Nachfrage nach Arbeitskräften beginnt jedoch auf die ungünstigeren Konjunkturaussichten zu reagieren. Das WIFO schätzt die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf etwa 261.000 im Jahresdurchschnitt 2012 bzw. auf etwa 278.000 im Jahresdurchschnitt 2013. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote (EUROSTAT-Definition) von 4,4 % im Jahr 2012 und 4,8 % im Jahr 2013. Der Anstieg ist auf die erwartete Abschwächung der Beschäftigungsdynamik zurückzuführen. Mit einem Plus von 0,5 % im Jahr 2013 wächst die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten deutlich geringer als im Jahr 2012 (mit einem Plus von 1,5 %). Da die zyklische Reagibilität im exponierten Sektor besonders ausgeprägt ist, ist die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Bundesland Oberösterreich und auch in Linz auf Grund des höheren Gewichtes der Industrie deutlicher spürbar.

Die Folgen der Staatsschuldenkrise in der Peripherie der Eurozone werden auch die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2013 belasten. Die Export- und Investitionstätigkeit wird nur langsam wieder anspringen, da die Nachfrage wichtiger Handelspartner aus dem Euroraum schwach bleiben wird, bis die notwendigen Anpassungsmaßnahmen des öffentlichen und privaten Sektors vollzogen sind. Die Exporte in Drittstaaten sollten nach einer vorübergehenden Schwächephase wieder zulegen und zusammen mit einer Belebung des privaten Konsums eine moderate Erholung einleiten. Vor diesem Hintergrund wird mit einem Wachstum des realen BIP von etwa 1 % im Gesamtjahr 2013 gerechnet.

Mittelfristig wird die Rückkehr auf einen „normalen“ Wachstumspfad von rund 2 % erwartet.

Diese Perspektive ist allerdings nur dann realistisch, wenn keine externen Schocks infolge von Krisen des Finanzsektors, Staatsschuldenkrisen oder exorbitant steigender Rohstoffpreise auftreten.

Die Prognoseunsicherheit für den Finanzsektor ist besonders hoch. Nach übereinstimmenden Erwartungen dürften jedoch auch die Zinsen 2013 auf sehr tiefem Niveau bleiben. Erst in weiterer Folge wird mit einer moderat steigenden Tendenz gerechnet.

**Wirtschaftliche Eckdaten**

Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	2011	2012	2013	2012 bis 2016
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>				
Real	2,7	0,6	1,0	1,7
Nominell	5,0	2,5	2,6	3,3
nominell, absolut, in Mrd. €	300,7	308,2	316,2	
<b>Verbraucherpreise</b>	<b>3,3</b>	<b>2,3</b>	<b>2,1</b>	<b>1,9</b>
<b>Arbeitslosenquote (Eurostat)</b> in % der unselbstständig Beschäftigten	<b>4,2</b>	<b>4,4</b>	<b>4,8</b>	<b>4,3</b>
3-Monats-Euribor <sup>*)</sup>	1,4	0,6	0,5	1,2
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen <sup>*)</sup>	3,3	2,4	2,5	3,4

<sup>\*)</sup> absolute Werte, Quelle: IHS, September-Prognose  
 Quellen: 2011, 2012, 2013: WIFO, September-Prognose  
 2012 - 2016: IHS, September-Prognose

## Rechnungsquerschnitt - Ermittlung MAASTRICHT-ERGEBNIS VA 2013 in Euro

KZ	Bezeichnung	Summe o + ao Haushalt	davon A 85-89	Summe ohne A 85-89
<b>I. Querschnitt</b>				
<b><u>Einnahmen der laufenden Gebarung</u></b>				
10	Eigene Steuern	176.274.900	0	176.274.900
11	Ertragsanteile	227.430.000	0	227.430.000
12	Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	1.290.100	1.290.100	0
13	Einnahmen aus Leistungen	74.950.300	870.400	74.079.900
14	Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit	21.220.000	5.576.600	15.643.400
15	Laufende Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	31.119.500	8.700	31.110.800
16	Sonstige laufende Transfereinnahmen	11.192.500	1.517.500	9.675.000
17	Gewinnentnahmen der Gemeinde von Unternehmungen	88.600	0	88.600
18	Einnahmen aus Veräußerungen und sonstige Einnahmen	13.067.900	7.701.500	5.366.400
<b>19</b>	<b>SUMME 1 - laufende Einnahmen</b>	<b>556.633.800</b>	<b>16.964.800</b>	<b>539.669.000</b>
<b><u>Ausgaben der laufenden Gebarung</u></b>				
20	Leistungen für Personal	116.883.300	8.198.400	108.684.900
21	Pensionen und sonstige Ruhebezüge	59.137.900	582.700	58.555.200
22	Bezüge der gewählten Organe	2.716.600	0	2.716.600
23	Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	6.144.500	84.100	6.060.400
24	Verwaltungs- und Betriebsaufwand	168.372.400	5.986.700	162.385.700
25	Zinsen für Finanzschulden	11.289.600	4.592.800	6.696.800
26	Laufende Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts	110.547.800	0	110.547.800
27	Sonstige laufende Transferausgaben	77.046.000	3.250.500	73.795.500
28	Gewinnentnahmen der Gemeinde von Unternehmungen	0	0	0
<b>29</b>	<b>SUMME 2 - laufende Ausgaben</b>	<b>552.138.100</b>	<b>22.695.200</b>	<b>529.442.900</b>
<b>91</b>	<b>SALDO 1 - Ergebnis der laufenden Gebarung</b>	<b>4.495.700</b>	<b>-5.730.400</b>	<b>10.226.100</b>
<b><u>Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</u></b>				
30	Veräußerung von unbeweglichem Vermögen	1.980.000	0	1.980.000
31	Veräußerung von beweglichem Vermögen	117.500	0	117.500
32	Veräußerung von aktivierungsfähigen Rechten	0	0	0
33	Kapitaltransferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	10.126.500	500.000	9.626.500
34	Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	116.400	16.400	100.000
<b>39</b>	<b>SUMME 3 - Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</b>	<b>12.340.400</b>	<b>516.400</b>	<b>11.824.000</b>

## Rechnungsquerschnitt - Ermittlung MAASTRICHT-ERGEBNIS VA 2013 in Euro

KZ	Bezeichnung	Summe o + ao Haushalt	davon A 85-89	Summe ohne A 85-89
<b><u>Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</u></b>				
40	Erwerb von unbeweglichem Vermögen	10.695.400	1.258.900	9.436.500
41	Erwerb von beweglichem Vermögen	4.479.200	96.800	4.382.400
42	Erwerb von aktivierungsfähigen Rechten	25.600	0	25.600
43	Kapitaltransferzahlungen an Träger öffentlichen Rechts	6.449.000	0	6.449.000
44	Sonstige Kapitaltransferausgaben	41.723.400	24.351.800	17.371.600
<b>49</b>	<b>SUMME 4 - Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</b>	<b>63.372.600</b>	<b>25.707.500</b>	<b>37.665.100</b>
<b>92</b>	<b>SALDO 2 - Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</b>	<b>-51.032.200</b>	<b>-25.191.100</b>	<b>-25.841.100</b>
<b><u>Einnahmen aus Finanztransaktionen</u></b>				
50	Veräußerung von Beteiligungen und Wertpapieren	0	0	0
51	Entnahmen aus Rücklagen	4.117.600	0	4.117.600
52	Einnahmen aus der Rückzahlung von Darlehen an Träger des öffentlichen Rechts	0	0	0
53	Einnahmen aus der Rückzahlung von Darlehen an andere und von Bezugsvorschüssen	1.847.600	1.500.000	347.600
54	Aufnahme von Finanzschulden von Trägern des öffentlichen Rechts	0	0	0
55	Aufnahmen von Finanzschulden von anderen	132.653.800	43.279.100	89.374.700
56	Investitions- und Tilgungszuschüsse zw. Unternehmungen u. marktbestimmten Betrieben der Gemeinde A 85-89 und der Gemeinde	16.057.700	16.057.700	0
<b>59</b>	<b>SUMME 5 - Einnahmen aus Finanztransaktionen</b>	<b>154.676.700</b>	<b>60.836.800</b>	<b>93.839.900</b>
<b><u>Ausgaben aus Finanztransaktionen</u></b>				
60	Erwerb von Beteiligungen und Wertpapieren	0	0	0
61	Zuführungen an Rücklagen	4.166.900	0	4.166.900
62	Gewährung von Darlehen an Träger des öffentlichen Rechts	0	0	0
63	Gewährung von Darlehen an andere und von Bezugsvorschüssen	90.000	0	90.000
64	Rückzahlung von Finanzschulden bei Trägern des öffentlichen Rechts	157.000	155.200	1.800
65	Rückzahlungen von Finanzschulden bei anderen	114.061.800	35.405.300	78.656.500
66	Investitions- und Tilgungszuschüsse zw. Unternehmungen u. marktbestimmten Betrieben der Gemeinde A 85-89 und der Gemeinde	16.057.700	0	16.057.700
<b>69</b>	<b>SUMME 6 - Ausgaben aus Finanztransaktionen</b>	<b>134.533.400</b>	<b>35.560.500</b>	<b>98.972.900</b>
<b>93</b>	<b>SALDO 3 - Ergebnis der Finanztransaktionen</b>	<b>20.143.300</b>	<b>25.276.300</b>	<b>-5.133.000</b>
<b>94</b>	<b>SALDO 4 - Jahresergebnis ohne Verrechnungen zw. o. und ao. Haushalt</b>	<b>-26.393.200</b>	<b>-5.645.200</b>	<b>-20.748.000</b>

## Rechnungsquerschnitt - Ermittlung MAASTRICHT-ERGEBNIS VA 2013 in Euro

KZ	Bezeichnung	Summe o + ao Haushalt	davon A 85-89	Summe ohne A 85-89
<b>II. <u>Ableitung des Finanzierungssaldos</u></b>				
70	Jahresergebnis Haushalt ohne A 85-89 und ohne Finanztransaktionen			-15.615.000
71	Überrechnung Jahresergebnis A 85-89			-5.645.200
<b>95</b>	<b>Finanzierungssaldo ("Maastricht-Ergebnis")</b>			<b>-21.260.200</b>
<b>III. <u>Übersicht Gesamthaushalt</u></b>				
80	Einnahmen der laufenden Gebarung, Vermögensgebarung u. Finanztransaktionen	723.650.900		
81	Zuführungen aus dem o. Haushalt und Rückführungen aus dem ao. Haushalt	0		
82	Abwicklung Soll-Uberschüsse Vorjahre	0		
83	Abwicklung Soll-Abgang laufendes Jahr	26.393.200		
<b>79</b>	<b>Summe 7 - Gesamteinnahmen</b>	<b>750.044.100</b>		
84	Ausgaben der laufenden Gebarung, Vermögensgebarung u. Finanztransaktionen	750.044.100		
85	Zuführungen an den ao. Haushalt und Rückführungen an den o. Haushalt	0		
86	Abwicklung Soll-Abgänge Vorjahre	12.987.900		
87	Abwicklung Soll-Uberschüsse laufendes Jahr	0		
<b>89</b>	<b>Summe 8 - Gesamtausgaben</b>	<b>763.032.000</b>		
<b>96</b>	<b>Administratives Jahresergebnis</b>	<b>-12.987.900</b>		

## Gender Budgeting

Gender Budgeting ist die Anwendung von Gender Mainstreaming im Budgetierungsprozess und hat die gender-relevante Bewertung des städtischen Budgets im Rahmen der Budgeterstellung hinsichtlich Einnahmen und Ausgaben zur Förderung der Geschlechtergleichstellung zum Inhalt.

Durch geschlechterspezifische Budgetanalysen wird geschlechtergerechte Politik erst ermöglicht. Die direkten und indirekten Wirkungen der kommunalen Maßnahmen, Programme und Investitionen werden sichtbar gemacht und der politische Prozess der Budgeterstellung selbst transparent und demokratisch gestaltet. In weiterer Folge soll durch die gendergerechte Verteilung der Gelder ein Einfluss auf die geschlechtergerechte Entwicklung der Stadt erfolgen.

Das Ziel von Gender Budgeting ist nicht die geschlechterbezogene Neutralität des Haushalts, sondern es soll durch Finanzpolitik ein wirksamer Beitrag zur Gleichstellung geleistet werden. Am Ende der Implementierung von Gender Budgeting steht eine solide Aussage zur Gleichstellungswirkung des Haushalts. Die aus dem Haushalt finanzierten Maßnahmen entfalten in ihrer Gesamtheit eine erhebliche Gleichstellungswirkung.

### Rechtliche Grundlagen:

Österreich hat die Konvention für die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen ratifiziert. Aus dem EU-Recht ergibt sich auch der Gleichstellungsauftrag. Die Art. 2 und Art. 3 des EG-Vertrags verpflichten die Mitgliedsstaaten zu einer aktiven Gleichstellungspolitik. Die österreichische Bundesverfassung enthält im Art. 7 Abs. 2 B-VG die Verpflichtung zur Gleichstellung von Frauen und Männern und das Diskriminierungsverbot. Der Umsetzung von Gender Budgeting kommt im Rahmen der mit 1. Jänner 2009 in Kraft getretenen Verfassungsnovelle (BGBl. I Nr. 1/2008) besondere Bedeutung zu, da im Art. 13 Abs. 3 B-VG als eine der Staatszielbestimmungen die Gleichstellung von Frauen und Männern definiert wird: **„Bund, Länder und Gemeinden haben bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben.“**

Gender Budgeting ist durch die Haushaltsrechtsreform 2007 somit verpflichtend für Bund, Länder und Gemeinden in der österreichischen Bundesverfassung verankert. Die Konkretisierung der Verfassungsbestimmung ist durch ein Bundesgesetz zu treffen. Der mit 1. Jänner 2013 in Kraft tretende Artikel 51 Abs. 8 B-VG schreibt vor: „Bei der Haushaltsführung des Bundes sind die Grundsätze der Wirkungsorientierung insbesondere auch unter Berücksichtigung des Ziels der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, der Transparenz, der Effizienz und der möglichst getreuen Darstellung der finanziellen Lage des Bundes zu beachten.“

### Umsetzung:

Bis Gender Budgeting diesem umfassenden Anspruch genügt, ist ein schrittweiser Implementierungsprozess notwendig.

Bereits 2007 wurde durch einen Gemeinderatsbeschluss die Grundlage für eine Zug-um-Zug-Umsetzung von Gender Budgeting in der gesamten Haushaltsverwaltung gesetzt.

2012 wurde die Erstanalyse abgeschlossen.

Gender-relevante Produkte wurden durch die Möglichkeit der unterschiedlichen Auswirkungen von Zahlungsströmen auf Geschlechter, den positiven Grenznutzen (Veränderung der Verteilung von Chancen und Möglichkeiten durch Veränderung von Budgetmitteln) und die Basis der vorhandenen Daten identifiziert.

Für jene Produkte, die im Zuge des Projektes Gender Budgeting ausgewählt wurden, wurden Leistungs- und Kennzahlen und Ziele definiert. Die weitere Verfolgung von gender-relevanten Zielsetzungen erfolgt durch die Dienststellen, die Evaluierung der Kennzahlen wird im internen Reporting dargestellt.

### Übersicht über die Entwicklung der Eigenen Steuern, der Bundesabgabenertragsanteile und der Gebühren

	V o r a n s c h l a g		R e c h n u n g s e r g e b n i s			
	2013	2012	2011	2010	2009	2008
<b>1. Eigene Steuern</b>						
Grundsteuer A und B	20.526.000	18.668.000	19.359.395,36	19.494.451,48	17.474.492,10	17.192.780,01
Gewerbsteuer nach Ertrag	0	0	2.465,58	44.344,66	-25.993,57	3.101,34
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	0	0	-226,45	3.424,07	-14.005,64	-1.614,55
Kommunalabgabe	131.200.000	125.000.000	121.688.337,83	116.513.408,77	117.128.657,29	115.651.740,46
Tourismusabgabe	500.000	490.000	502.749,77	469.384,66	496.915,29	458.888,55
Anzeigenabgabe	0	0	5.707,17	0,00	-3.045,05	-42.259,64
Getränkesteuer	0	0	-65.112,28	-21.068,46	-1.410.667,38	-32.964,59
Lustbarkeitsabgabe	1.300.000	1.550.000	1.343.740,17	1.904.984,29	2.032.147,03	1.611.474,15
Hundeabgabe	200.000	190.000	202.739,48	195.858,64	180.082,17	188.095,93
Versteigerungsabgabe	12.000	14.000	15.528,25	12.848,18	10.778,74	9.346,47
Ankündigungsabgabe	0	0	1.128,79	0,00	-4.294,19	-2.398,20
Gebrauchsabgabe	7.755.000	7.954.000	7.637.981,23	7.398.808,33	7.443.066,84	6.787.529,40
Gebührenpflichtiges Parken	11.796.800	6.510.000	6.443.843,65	6.402.999,37	6.488.220,40	6.307.041,72
Zuschlagsabgabe Kleines Glücksspiel	90.000	700.000	53.130,49	0,00	0,00	0,00
Nebenansprüche	74.500	74.500	66.349,41	68.213,60	68.778,80	56.813,58
Interessenten- und AufschlieBungsbeiträge	465.000	417.000	440.097,45	728.840,38	708.419,02	621.064,08
Wettgebührenzuschläge	1.000	8.000	2.767,15	17.885,88	23.429,07	28.843,31
Verwaltungsabgaben	2.225.500	2.081.900	2.075.567,46	2.362.197,28	2.283.522,74	2.031.532,81
Kommissionsgebühren	129.100	124.000	120.706,34	105.713,17	115.644,40	92.858,44
<b>Summe:</b>	<b>176.274.900</b>	<b>163.781.400</b>	<b>159.896.896,85</b>	<b>155.702.294,30</b>	<b>152.996.148,06</b>	<b>150.961.873,27</b>
<b>2. Bundesabgabenertragsanteile (brutto)</b>	<b>227.430.000</b>	<b>216.420.000</b>	<b>208.226.761,78</b>	<b>193.189.702,41</b>	<b>195.810.183,89</b>	<b>206.614.204,95</b>
<b>3. Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen</b>	<b>1.290.100</b>	<b>1.272.500</b>	<b>1.170.814,73</b>	<b>1.184.679,16</b>	<b>1.117.651,77</b>	<b>1.132.770,67</b>
<b>Gesamtsteuereinnahmen:</b>	<b>404.995.000</b>	<b>381.473.900</b>	<b>369.294.473,36</b>	<b>350.076.675,87</b>	<b>349.923.983,72</b>	<b>358.708.848,89</b>

## Zur Charakteristik des Haushaltes

### **1. Einnahmen der laufenden Gebarung**

Die Einnahmen der laufenden Gebarung steigen im Vergleich zum VA 2012 von 525,8 Mio. € auf 556,6 Mio. €.

#### 1.1. Eigene Steuern (KZ 10):

Die Entwicklung dieser Einnahmengruppe in den Jahren 2008 bis 2013 ist auf Seite V – 15 ausgewiesen. Gegenüber dem VA 2012 wird mit Mehreinnahmen von 12,5 Mio. € gerechnet, die sich im Wesentlichen bei der Kommunalabgabe mit 6,2 Mio. € und beim Gebührenpflichtigen Parken aufgrund von Erhöhungen bei den Parkgebühren und den Strafgeldern mit 5,3 Mio. € zeigen.

#### 1.2. Bundesabgabenertragsanteile (KZ 11):

Der Ansatz zum VA 2013 liegt unter Berücksichtigung aktueller Konjunktur- und Steuerprognosen, der gültigen Rechtslage des FAG 2008 sowie der aktualisierten Bevölkerungsentwicklung gemäß Zentralem Melderegister (ZMR) bei 227,4 Mio. €; das ist eine Steigerung gegenüber dem Voranschlag 2012 um 5,1 %. Dabei berücksichtigt sind auch die Mehreinnahmen bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben von rd. 1 Mrd. € durch die mit der Schweiz vereinbarte Abgeltungssteuer im Rahmen des Stabilitätsgesetzes.

#### 1.3. Gebühren (KZ 12):

Insgesamt wurden bei den Gebühren Einnahmen von 1,29 Mio. € veranschlagt, die zur Gänze bei den Märkten anfallen.

#### 1.4. Einnahmen aus Leistungen (KZ 13):

Für 2013 sind 75 Mio. € veranschlagt, um 1 Mio. € mehr als 2012. Mehreinnahmen ergeben sich vor allem durch die Umschichtung der Nachmittagsbetreuung von den KJS zum SSL mit 0,6 Mio. €, bei der Sporthallenbenützung mit 0,4 Mio. € und bei der geschlossenen Sozialhilfe mit 0,3 Mio. €, wesentliche Mindereinnahmen werden bei der offenen Sozialhilfe mit 0,5 Mio. € erwartet.

#### 1.5. Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit (KZ 14):

Insgesamt sind mit 21,2 Mio. € um 0,7 Mio. € mehr als 2012 vorgesehen. Diese Mehreinnahmen resultieren im Wesentlichen aus höheren Mieteinnahmen.

#### 1.6. Lfd. Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts (KZ 15):

Für 2013 werden 31,1 Mio. € erwartet, das sind um 2,1 Mio. € mehr als 2012. Im Wesentlichen gründet dies auf Mitteln aus dem Pflegefonds (+1,5 Mio. €), weiters werden Mehreinnahmen bei den USt-Beihilfen (+0,5 Mio. €) und bei Landesbeiträgen zu VHS-Projekten (+0,4 Mio. €) bzw. Mindereinnahmen bei den Gastbeiträgen für Kinderbetreuungseinrichtungen (-0,4 Mio. €) erwartet.

#### 1.7. Sonstige laufende Transfereinnahmen (KZ 16):

Diese Einnahmengruppe mit einem Volumen von 11,2 Mio. € steigt gegenüber dem VA 2012 um 0,9 Mio. €, die sich aus dem letztmaligen Rückfluss der Fruchtgenussmittel der GWG ergeben.

1.8. Einnahmen aus Veräußerungen und sonstige Einnahmen (KZ 18):

Mit gesamt 13,1 Mio. € liegen diese Einnahmen um 2,5 Mio. € über dem VA 2012, die sich im Wesentlichen durch Rückersätze beim Krankenanstalten-Sprengelbeitrag gem. OÖ KAG ergeben.

**2. Ausgaben der laufenden Gebarung:**

Die Ausgaben der laufenden Gebarung steigen im Vergleich zum VA 2012 von 540,6 Mio. € auf 552,1 Mio. €.

2.1. Leistungen für Personal (KZ 20):

Mit den veranschlagten 116,9 Mio. € steigen die Personalausgaben gegenüber dem VA 2012 um 1,9 %. Darin enthalten ist ein mehrheitlich berücksichtigter 1%iger Fluktuationsabschlag analog 2012. Eine Zusammenstellung der Personalausgaben ist auf Seite 283 ausgewiesen.

2.2. Pensionen und sonstige Ruhebezüge (KZ 21):

Unter der Annahme von 1.533 PensionistInnen wird mit Ausgaben von 59,1 Mio. € gerechnet, um 1 Mio. € weniger als 2012. Der Minderbedarf ergibt sich dadurch, da seit 1.1.2012 das Pflegegeld Österreichweit von der Versicherungsanstalt für öffentlich Bedienstete (BVA) ausbezahlt wird.

2.3. Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren (KZ 23):

Für den VA 2013 wurden 6,1 Mio. € veranschlagt, um 0,2 Mio. € mehr als 2012. Größere Positionen stellen das Beschaffungsmanagement mit 1,1 Mio. €, die Schulen und „Essen auf Rädern“ mit je 0,8 Mio. € dar.

2.4. Verwaltungs- und Betriebsaufwand (KZ 24):

Für diese Ausgabengruppe wurden 168,4 Mio. € veranschlagt, um 8,8 Mio. € mehr als 2012. Mehrausgaben sind beim Zuschuss des ASJF an die KJS als Ersatz für die Einnahmenseinbußen durch die sozial gestaffelten Essensbeiträge mit 2,4 Mio. € (bisher bei VRV-KZ 27 enthalten), bei der geschlossenen Sozialhilfe mit 2 Mio. €, bei der Erziehungshilfe mit 1,5 Mio. €, bei den Mieten mit 1,4 Mio. € und bei den Wahlen bzw. durch die Übertragung der Nachmittagsbetreuung von den KJS zum SSL mit je 1,3 Mio. € zu erwarten. Minderausgaben ergeben sich bei den sonstigen Zinsen im Bereich Geldmarkt mit 2 Mio. €.

2.5. Zinsen für Finanzschulden (KZ 25):

Für Darlehenszinsen ist unter der Annahme eines unverändert niedrigen Zinsniveaus ein Betrag von 11,3 Mio. € budgetiert; das ist um 0,7 Mio. € mehr als 2012.

2.6. Laufende Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts (KZ 26):

Für diese Ausgabengruppe wurden 110,5 Mio. € veranschlagt. Davon entfallen auf den Krankenanstalten-Sprengelbeitrag gemäß OÖ KAG 48 Mio. €, auf die Landesumlage 23,7 Mio. €, auf Beiträge im Bereich der Sozialtransfers 22,8 Mio. € und auf den Beitrag zum Linzer Landestheater sowie dem 2013 in Betrieb gehenden Musiktheater 11,5 Mio. €.

### 2.7. Sonstige laufende Transferausgaben (KZ 27):

Für die sonstigen laufenden Transferausgaben wurden mit 77 Mio. € um 3,4 Mio. € weniger als 2012 veranschlagt. Diese Differenz ergibt sich einerseits durch Minderausgaben beim Nettzuschuss für die Kinder- und Jugendservices in Höhe von 4,4 Mio. € bedingt durch Änderungen bei der Darstellung des Zuschusses (siehe auch VRV-KZ 24), weiters bei den Zuschüssen an die städtischen Unternehmen mit 1,2 Mio. € und bei den sonstigen Subventionen von 1 Mio. € und andererseits durch Mehrausgaben bei der offenen Sozialhilfe mit 1,6 Mio. € und beim Beitrag zur Umfahrung Ebelsberg mit 1,9 Mio. € (Umschichtung von Kapitaltransfers zu laufenden Transfers).

## 3. **Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen**

Die Einnahmen der Vermögensgebarung sinken im Vergleich zum VA 2012 von 27,4 Mio. € auf 12,3 Mio. €.

### 3.1. Veräußerung von unbeweglichem Vermögen (KZ 30):

Für diese Einnahmengruppe wurden für den VA 2013 2 Mio. € präliminiert. Der Rückgang gegenüber dem VA 2012 mit 14,5 Mio. € ist vor allem bedingt durch die letzte Rate der städtischen Immobiliengesellschaft im Jahr 2012.

### 3.2. Kapitaltransferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts (KZ 33):

Der VA 2013 sieht diesbezüglich 10,1 Mio. € vor, um 2,6 Mio. € weniger als 2012. Die Mindereinnahmen gegenüber dem VA 2012 ergeben sich bei den Bedarfszuweisungen des Landes, die damit nur mehr ein Niveau von 5,3 Mio. € erreichen. Zudem werden hier die Zahlungen des Bundes für den Personennahverkehr mit 2,9 Mio. € eingenommen.

## 4. **Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen**

Eine Darstellung der Investitionen gemäß Sachbereiche ist auf Seite V – 19 abgebildet. Im Vergleich zum VA 2012 sinken die Ausgaben der Vermögensgebarung von 76,9 Mio. € auf 63,4 Mio. €. Die wichtigsten Positionen sind:

### 4.1. Erwerb von unbeweglichem Vermögen (KZ 40):

Im VA 2013 sind 10,7 Mio. € geplant (VA 2012: 18,8 Mio. €). Wesentliche Projekte sind dabei der Neubau von Straßen mit 3,5 Mio. €, die Grunderwerbungen mit 0,7 Mio. €, die Leasingraten für die Errichtung von Seniorenzentren mit 0,9 Mio. € und die Neugestaltung von Park- und Grünanlagen mit 1,3 Mio. €.

### 4.2. Erwerb von beweglichem Vermögen (KZ 41):

Im VA 2013 sind hierfür 4,5 Mio. € budgetiert (VA 2012: 5,4 Mio. €). Damit sollen vor allem Fahrzeugankäufe in Höhe von 1,6 Mio. €, Schuleinrichtungen in Höhe von 1,2 Mio. € und Horteinrichtungen in Höhe von 0,7 Mio. € finanziert werden.

### 4.3. Kapitaltransferzahlungen an Träger öffentlichen Rechts (KZ 43):

Im VA 2013 sind dafür 6,4 Mio. € geplant (VA 2012: 6,3 Mio. €), die in erster Linie für die Mitfinanzierung des Musiktheaters (5,2 Mio. €) vorgesehen sind. Weitere 0,9 Mio. € stehen für den Bau- und Einrichtungsbeitrag für Berufsbildende Schulen zur Verfügung.

#### 4.4. Sonstige Kapitaltransferausgaben (KZ 44):

Im VA 2013 sind dafür 41,7 Mio. € vorgesehen (VA 2012: 46,4 Mio. €). Darin enthalten sind die Investitionszuschüsse an die städtischen Unternehmen mit insgesamt 27,1 Mio. €, die Zahlungen für die UEB mit 2,5 Mio. € sowie Förderungen der Lifteinbauten mit 2,3 Mio. €.

#### **Von den Investitionen des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes 2013 entfallen auf ...**

	in Mio. €
Zuschuss städt. Immobiliengesellschaft	15,5
Soziales	11,7
Straßenbau und Verkehr	9,9
Kultur	8,3
Wirtschaft	7,2
Umweltschutz	3,5
Bildung	3,5
Sport	1,0
Verwaltung	1,0
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	0,1
Sonstige Investitionen	1,7
<b>Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</b>	<b>63,4</b>

#### 5. **Rücklagen**

Die Entwicklung der Rücklagen ist im Nachweis über Rücklagen auf Seite 317 dargestellt.

## 6. Außerordentlicher Haushalt

Der außerordentliche Haushalt hat ein Volumen von insgesamt 143,7 Mio. € und wird voraussichtlich wie folgt finanziert:

	in €
Bedarfszuweisungen	5.263.000
Darlehensaufnahmen	57.153.800
Umschuldung	75.500.000
Kapitaltransferzahlungen vom Land	1.970.200
Grund- und Gebäudeverkäufe	1.980.000
buchungstechnische Rücklagenentnahmen zum TAB-Ausgleich	1.640.000
Sonstige Einnahmen	151.500
<b>Gesamteinnahmen außerordentl. Haushalt</b>	<b>143.658.500</b>

## 7. Darlehensaufnahmen

Ansatz	Bezeichnung	in €
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	3.369.200
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	91.700
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	2.754.300
3	Kunst, Kultur und Kultus	9.115.500
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	3.324.400
5	Gesundheit	492.800
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	9.067.400
7	Wirtschaftsförderung	90.300
8	Dienstleistungen	28.298.200
9	Finanzwirtschaft	550.000
	Darlehensaufnahmen	57.153.800
	Umschuldungen	75.500.000
	<b>Summe</b>	<b>132.653.800</b>

Von den Darlehensaufnahmen sind 25,2 Mio. € dem privatwirtschaftlichen Bereich (Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit) zuzuordnen.

## Zur Voranschlagssystematik

Der Voranschlag der Stadt Linz entspricht der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung des Bundesministeriums für Finanzen 1997 i.d.g.F. (VRV).

Im Einzelnen ist festzustellen:

### 1. **Voranschlagsstelle:**

Alle Voranschlagsstellen sind mit 13-stelligen Kennzahlen bezeichnet. Diese Kennzahlen haben folgende Bedeutung:

1.	0110	0	1.	457000
Haushaltshinweis		Umsatzsteuerkennzeichen		Post
	Teilabschnitt		finanzwirtschaftliches Kennzeichen	

#### 1.1. Haushaltshinweis:

- 0 = Durchlaufende Gebarung
- 1 = Ordentlicher Haushalt - Ausgaben
- 2 = Ordentlicher Haushalt - Einnahmen
- 5 = Außerordentlicher Haushalt - Ausgaben
- 6 = Außerordentlicher Haushalt - Einnahmen

#### 1.2. Teilabschnitt:

Untergliederung nach Sachgebieten bzw. wirtschaftlichen Unternehmen, z.B. 0130 Druckerei.

#### 1.3. Umsatzsteuerkennzeichen:

- 0 = Konsumentenbereich
- 1 = Unternehmensbereich
- 2 = Sozialbereich (Beihilfe nach GSGB)

1.4. Finanzwirtschaftliches Kennzeichen:EinnahmenEinnahmen mit Zweckwidmung

	Laufende Gebarung		Vermögensgebarung
	0	Einnahmen mit Ausgabeverpflichtung	2
	1	zweckgebundene Einnahmen	3

Sonstige Einnahmen

	4	Einnahmen mit Gegenverrechnung im eigenen Voranschlag	7
	5	allgemeine Deckungsmittel	8
	6	Einnahmen zum Haushaltsausgleich	9

Ausgaben

		Leistungen für Personal	0
		Amtssachausgaben	1
		Ausgaben für Anlagen, Pflichtausgaben	2
		Ausgaben für Anlagen, Ermessensausgaben	3
		Förderungsausgaben, laufende Gebarung, Pflichtausgaben	4
		Förderungsausgaben, laufende Gebarung, Ermessensausgaben	5
		Förderungsausgaben, Vermögensgebarung, Pflichtausgaben	6
		Förderungsausgaben, Vermögensgebarung, Ermessensausgaben	7
		Sonstige Sachausgaben, Pflichtausgaben	8
		Sonstige Sachausgaben, Ermessensausgaben	9

1.5. Voranschlagspost:

Im dritten Gliederungselement (Stelle 8 - 13) werden die **Voranschlagsposten** einheitlich mit einer **sechsstelligen Nummer** bezeichnet, wobei die 6. Stelle bei den Einnahmen Auskunft darüber gibt, ob es sich um einen externen (Kennzahl 0 bis 8) oder internen (Kennzahl 9) Zahlungsverkehr handelt.

## 2. Budgetierungs-Kennzeichen (BKZ):

Entsprechend den Vorgaben der Geschäftsgruppen- bzw. Ressortbudgetierung werden alle Voranschlagsstellen mit einem Budgetierungs-Kennzeichen versehen. Damit erfolgt eine Untergliederung in folgende Bereiche:

G = Geschäftsgruppenbudget

I = Investitionen

F = Finanztransaktionen

Eine Voranschlagsstelle, die dem Vorweghaushalt zugeordnet ist, wird aus Gründen der Transparenz durch nachstehend angeführte Zahlen weiter untergliedert.

<b>Einnahmen-Nr.:</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Ausgaben-Nr.:</b>	<b>Bezeichnung</b>
00	Eigene Steuern	50	
01	Ertragsanteile	51	
02	Mieteinnahmen	52	Mietausgaben
03	Strafen	53	
04	Umsatzsteuer - GSBG Einnahmen	54	Umsatzsteuer-Eigenverbrauch
05	Umlagen Einnahmen	55	Umlagen Ausgaben
07	Einnahmen aus Personal	57	Zentrale Personalausgaben
08	Pensionen Einnahmen	58	Pensionen/Pensionskasse Ausgaben
09	Zinsendienst Einnahmen	59	Zinsendienst Ausgaben
10	Landestransfers Einnahmen	60	Landestransfers Ausgaben
11	Gemeinderat, KoA, sonst. Einnahmen	61	Gemeinderat, KoA, sonst. Ausgaben
12	Wahlen Einnahmen	62	Wahlen Ausgaben
13	sonstige Einnahmen	63	sonstige Ausgaben
14	FAG-Mittel	64	
15	Instandhaltung	65	Instandhaltung
16		66	Rettungsbeitrag
17		67	TKV-Gebühr
18		68	Beratungs- und Rechtsaufwand
19	übergreifende eDV-Projekte	69	übergreifende eDV-Projekte
20	Volkszählung	70	Volkszählung
21	MKF	71	MKF
22	Gebäudeversicherungen	72	Gebäudeversicherungen
24	Städtische Gesellschaften	74	Städtische Gesellschaften
25	Lehrlinge	75	Lehrlinge

### 3. ReferentInnen-Kennzeichen (Ref-KZ):

Bei Voranschlagsstellen des Geschäftsgruppenbudgets und bei den Investitionen sind ReferentInnen-Kennzeichen angeführt. Damit erfolgt die Zuordnung einer Voranschlagsstelle zu den einzelnen Mitgliedern des Stadtsenates gemäß Geschäftsverteilungsplan. Dem Vorweghaushalt sind keine ReferentInnen zugeteilt.

1	B Dobusch
2	Vbgm <sup>in</sup> Dolezal
3	Vbgm Dr. Watzl
4	Vbgm Luger
5	StR Mayr
6	StR <sup>in</sup> Wegscheider
7	StR Wimmer
8	StR <sup>in</sup> Mag. <sup>a</sup> Schobesberger

### 4. VRV-Kennzeichen (VRV-KZ):

Die VRV verlangt eine Voranstellung des Voranschlags- und Rechnungsquerschnittes zum jeweiligen Rechenwerk. In den diesbezüglichen Querschnitten werden die Einnahmen und Ausgaben getrennt nach einzelnen wichtigen Arten geordnet und in folgende Teile gegliedert:

Einnahmen der laufenden Gebarung	VRV KZ 10 bis 18
Ausgaben der laufenden Gebarung	VRV KZ 20 bis 28
Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	VRV KZ 30 bis 34
Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	VRV KZ 40 bis 44
Einnahmen aus Finanztransaktionen	VRV KZ 50 bis 56
Ausgaben aus Finanztransaktionen	VRV KZ 60 bis 66
Abwicklung Soll-Abgang laufendes Jahr	VRV KZ 83
Abwicklung Soll-Abgänge Vorjahre	VRV KZ 86

### 5. Deckungsfähigkeit (D):

In der mit „D“ bezeichneten Spalte ist die Deckungsgruppe angeführt. Voranschlagsstellen, die mit der gleichen Nummer versehen sind, sind in einer Deckungsgruppe zusammengefasst. Mehrausgaben auf einer Voranschlagsstelle dürfen hier ohne weiteres Genehmigungsverfahren getätigt werden, sofern die Ausgabe in der Deckungsgruppe ihre endgültige Bedeckung findet. Auf Einnahmen-Voranschlagsstellen eingehende Mehreinnahmen können ebenfalls ohne weiteres Genehmigungsverfahren für Mehrausgaben bei den mit den gleichen Deckungsnummern versehenen Ausgaben-Voranschlagsstellen verwendet werden.

**6. Anweisungsrecht (Anw.Recht):**

In der Spalte „**Anw. Recht**“ werden jene Dienststellen angeführt, die für die Bewirtschaftung der jeweiligen Voranschlagsstelle zuständig und verantwortlich sind. Es werden dabei die nach dem Verwaltungsgliederungsplan der Stadt Linz vorgesehenen Abkürzungen verwendet. Fallweise werden aus Gründen der Zuständigkeit oder der Übersichtlichkeit die Dienststellen durch Beifügen einer Ziffer weiter untergliedert (z.B. PPO, PPO-1, usw.).

A U S G A B E N		Antrag 2013 EUR	Antrag 2012 EUR	Rechnung 2011 EUR
0	<u>Anlagen</u>			
020	Maschinen und maschinelle Anlagen	7.500	8.000,00	32.768,51
030	Werkzeuge und sonstige Erzeugungshilfsmittel	4.500	5.500,00	2.547,49
040	Fahrzeuge	17.500		52.660,80
042	Amtsausstattung	54.400	48.900,00	46.724,13
043	Betriebsausstattung	237.600	189.600,00	509.150,75
050	Sonderanlagen	5.000	5.000,00	2.946,21
070	Aktivierungsfähige Rechte	25.600	3.000,00	211.766,93
		352.100	260.000,00	858.564,82
2	<u>Geld, Forderungen, aktive Rechnungsabgrenzung, Rücklagen</u>			
256	Nichtinvestitionsfördernde Bezugsvorschüsse	90.000	100.000,00	98.000,00
298	Rücklagen	68.900		5.945.718,24
		158.900	100.000,00	6.043.718,24
3	<u>Verbindlichkeiten, passive Rechnungsabgrenzung</u>			
340	Investitionsdarlehen vom Bund	1.800	1.800,00	1.765,79
341	Investitionsdarlehen vom Land	155.200	153.700,00	152.149,69
346	Investitionsdarlehen von Kreditinstituten	38.561.800	13.900.000,00	11.822.031,94
		38.718.800	14.055.500,00	11.975.947,42
4	<u>Gebrauchs- und Verbrauchsgüter sowie Handelswarenverbrauch</u>			
400	Geringw. Wirtschaftsgüter-Anlagevermögen	823.100	818.000,00	885.829,34
401	Verbrauchsgüter	1.911.900	1.982.300,00	2.237.897,74
403	Handelswaren	2.083.600	2.116.200,00	2.066.139,48
420	Pflanzliche Rohstoffe	28.000	30.500,00	33.703,24
451	Brennstoffe	1.000	1.000,00	856,74
455	Chemische und sonstige artverwandte Mittel	318.000		
457	Druckwerke	873.900	895.200,00	1.005.082,30
458	Mittel zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge	75.000	65.000,00	80.266,07
459	Sonstige Verbrauchsgüter	30.000		
		6.144.500	5.908.200,00	6.309.774,91

A U S G A B E N		Antrag 2013 EUR	Antrag 2012 EUR	Rechnung 2011 EUR
5	<u>Leistungen für Personal</u>			
500	Bezüge der Beamten,allgemeine Verwaltung	32.923.900	32.613.600,00	33.136.890,80
501	Bezüge der Beamten, handwerkli. Verwendung	1.909.800	1.900.000,00	2.052.159,19
510	Bezüge der Vertragsangestellten	36.240.100	34.973.900,00	33.647.906,01
511	Bezüge der Vertragsarbeiter	13.007.100	12.876.500,00	11.669.071,58
520	Bezüge der ganzjährig beschäftigten Angestellten	3.923.400	4.366.600,00	3.589.852,36
521	Bezüge der ganzjährig beschäftigten Arbeiter	3.412.700	2.631.500,00	2.905.690,59
522	Bezüge der nicht ganzjährig beschäftigten Angestellten	108.400	130.000,00	82.763,31
523	Bezüge der nicht ganzjährig beschäftigten Arbeiter	2.931.800	3.429.800,00	3.156.234,27
560	Reisegebühren	578.500	572.100,00	556.943,25
565	Mehrleistungsvergütungen	240.600	237.000,00	223.414,84
566	Zuwendungen aus Anlass von Dienstjubiläen	2.854.300	2.554.300,00	3.216.799,52
580	Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds Familienbeihilfen	2.924.200	2.814.100,00	3.534.862,84
581	Dienstgeberbeiträge sonstige	15.054.100	14.820.500,00	14.174.919,54
590	Freiwillige Sozialleistungen	774.400	771.200,00	724.996,32
		116.883.300	114.691.100,00	112.672.504,42

A U S G A B E N		Antrag 2013 EUR	Antrag 2012 EUR	Rechnung 2011 EUR
6	<u>Sonstiger Verwaltungs- und Betriebsaufwand</u>			
600	Strom	2.755.900	2.948.200,00	2.599.741,91
601	Gas	279.100	275.500,00	242.809,29
602	Wasser	308.700	328.400,00	306.561,65
603	Wärme	1.664.900	1.588.500,00	1.495.077,97
610	Instandhaltung von Grund und Boden	13.000	2.000,00	11.366,10
611	Instandhaltung von Straßenbauten	160.000	160.000,00	215.023,75
612	Instandhaltung von Wasser- und Kanalisationsanlagen	25.000	20.000,00	18.688,62
613	Instandhaltung von sonstigen Grundstückseinrichtungen	665.000	625.500,00	638.697,18
614	Instandhaltung von Gebäuden	550.800	667.000,00	836.435,60
616	Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen	996.100	980.500,00	988.180,21
617	Instandhaltung von Fahrzeugen	668.300	702.000,00	780.774,01
618	Instandhaltung von sonstigen Anlagen	436.300	439.100,00	464.760,79
619	Instandhaltung von Sonderanlagen	3.908.600	3.946.600,00	4.082.126,56
620	Transporte	763.200	692.000,00	675.242,61
630	Postdienste	567.600	559.400,00	545.112,85
631	Telekommunikationsdienste	769.200	771.200,00	672.693,02
640	Rechtskosten	323.100	204.100,00	265.898,05
642	Beratungskosten	35.800	800,00	44.460,02
650	Zinsen für Finanzschulden - Inland	10.451.300	9.328.800,00	6.874.210,73
652	Sonstige Zinsen - Inland	2.513.800	4.490.000,00	1.021.561,14
653	Zinsen für Finanzschulden - Ausland	838.300	1.271.200,00	1.230.612,84
657	Geldverkehrsspesen	112.600	106.100,00	99.104,86
670	Versicherungen	1.208.700	1.124.600,00	1.111.343,50
690	Schadensfälle	10.200	10.600,00	154.260,80
		30.025.500	31.242.100,00	25.393.797,48

A U S G A B E N		Antrag 2013 EUR	Antrag 2012 EUR	Rechnung 2011 EUR
7	<u>Sonstiger Verwaltungs- und Betriebsaufwand</u>			
700	Mietzinse	17.335.600	15.946.300,00	15.006.896,38
710	Öffentliche Abgaben ohne Gebühren gemäß FAG	2.190.400	2.109.400,00	2.603.621,15
721	Bezüge der gewählten Organe	2.716.600	2.687.000,00	2.684.667,73
722	Rückersätze von Einnahmen	100		
723	Amtspauschalien und Repräsentationsausgaben	378.400	375.500,00	372.304,03
725	Bibliothekserfordernisse	9.000	9.000,00	8.752,11
726	Mitgliedsbeiträge an Institutionen	247.100	87.100,00	87.122,69
728	Sonstige Leistungen	128.194.400	119.016.900,00	118.446.051,64
729	Sonstige Ausgaben	241.500	252.700,00	229.503,43
751	Laufende Transferzahlungen an Land	108.866.700	105.110.300,00	100.800.017,14
752	Laufende Transferzahlungen an Gemeinden, Gemeindeverbände und -fonds	334.500	307.500,00	272.519,64
754	Laufende Transferzahlungen an sonstige Träger des öffentlichen Rechts	1.346.600	1.192.300,00	1.011.362,44
755	Laufende Transferzahlungen an Unternehmungen	21.600.800	20.802.100,00	22.019.462,53
757	Laufende Transferzahlungen an private Institutionen	14.837.600	16.070.100,00	14.608.482,45
759	Laufende Transferzahlungen an netto-veranschlagte Unternehmungen	20.667.200	25.012.100,00	20.803.199,26
760	Pensionen und sonstige Ruhebezüge	59.137.900	60.179.400,00	59.394.583,13
764	Entschädigungen	100	100,00	140.000,00
768	Laufende Transferzahlungen an private Haushalte	19.940.300	18.524.200,00	17.920.235,24
777	Kapitaltransfers an private Institutionen			8.000,00
779	Investitions- und Tilgungszuschüsse an Unternehmungen und marktbestimmte Betriebe der Gemeinde	16.057.700	4.444.300,00	3.022.034,58
		414.102.500	392.126.300,00	379.438.815,57
9	<u>Kapital- und Abschlusskonten</u>			
910	Verrechnungen zwischen ordentlichem Haushalt und außerordentlichem Haushalt		26.000,00	875.978,80
964	Abwicklung Soll-Abgänge Vorjahr	12.987.900		
		12.987.900	26.000,00	875.978,80
	SUMME ORDENTLICHER HAUSHALT	619.373.500	558.409.200,00	543.569.101,66

E I N N A H M E N		Antrag 2013 EUR	Antrag 2012 EUR	Rechnung 2011 EUR
0	<u>Anlagen</u>			
020	Maschinen und maschinelle Anlagen	6.000	9.000,00	4.680,00
040	Fahrzeuge	110.500	117.200,00	8.785,00
043	Betriebsausstattung	1.000	1.000,00	1.161,00
		117.500	127.200,00	14.626,00
2	<u>Geld, Forderungen, aktive Rechnungsabgrenzung, Rücklagen</u>			
245	Darlehen zur Investitionsförderung an Unternehmungen	1.590.200	7.921.600,00	6.473.163,78
246	Bezugsvorschüsse zur Investitionsförderung		400,00	425,09
256	Nichtinvestitionsfördernde Bezugsvorschüsse	120.000	120.000,00	120.295,34
298	Rücklagen	2.477.600	16.996.200,00	10.291.259,61
		4.325.200	25.140.200,00	16.984.404,10

E I N N A H M E N		Antrag 2013 EUR	Antrag 2012 EUR	Rechnung 2011 EUR
8	<u>Laufende Einnahmen</u>			
802	Veräußerung von bezogenen Werkstoffen	70.000	70.000,00	77.669,93
803	Veräußerung von Handelswaren	1.135.300	1.136.800,00	1.117.894,97
805	Veräußerung von bezogenen Betriebsstoffen und sonstigen Verbrauchsgütern	100	100,00	56,40
806	Veräußerung von Altmaterial	4.600	3.600,00	4.589,56
807	Veräußerung von Erzeugnissen	345.300	355.300,00	366.140,75
808	Veräußerung von geringwertigen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens	5.600	4.600,00	5.506,94
810	Leistungserlöse	17.481.300	16.762.200,00	16.526.960,54
813	Nebenerlöse	138.100	123.900,00	196.969,83
815	Gebühren für sonstige Leistungen	98.500	89.300,00	85.500,84
817	Ersätze für sonstige Verwaltungsleistungen	57.232.300	56.996.900,00	55.585.690,08
820	Einnahmen aus der Verzinsung von Darlehen und Wertpapieren	1.252.100	1.274.100,00	1.428.780,12
822	Dividenden und Gewinnanteile von Unternehmungen	7.128.000	7.259.000,00	4.570.771,04
823	Zinsen	266.500	285.000,00	617.974,25
824	Einnahmen aus Vermietung u. Verpachtung von Sachen sowie aus Dienstbarkeiten u. Baurechten	12.573.400	11.665.000,00	12.180.568,43
827	Kostensätze für die Überlassung von Bediensteten an Dritte	7.290.100	7.302.600,00	7.071.126,87
828	Rückersätze von Ausgaben	3.435.500	146.300,00	1.440.823,03
829	Sonstige Einnahmen	781.400	1.526.300,00	1.022.762,58
830	Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	25.000	18.000,00	33.513,51-
831	Grundsteuer von den Grundstücken	20.501.000	18.650.000,00	19.392.908,87
832	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital			2.465,58
833	Kommunalsteuer	131.200.000	125.000.000,00	121.688.111,38
834	Fremdenverkehrsabgaben	500.000	490.000,00	502.749,77
835	Abgaben von Anzeigen in Zeitungen und sonstigen Druckwerken			5.707,17
836	Abgaben auf die Veräußerung von Getränken und Speiseeis			65.112,28-
837	Lustbarkeitsabgaben ohne Zweckwidmung des Ertrages	1.300.000	1.550.000,00	1.343.740,17
838	Abgaben für das Halten von Tieren	200.000	190.000,00	202.739,48
839	Abgaben von freiwilligen Feilbietungen	12.000	14.000,00	15.528,25
840	Abgaben von Ankündigungen			1.128,79
841	Abgaben für den Gebrauch von öffentlichem Grund in den Gemeinden und des Luftraumes	7.755.000	7.954.000,00	7.637.981,23
842	Parkgebühren	8.840.000	4.460.000,00	4.380.517,69
843	Parkgebühren	2.956.800	2.050.000,00	2.063.325,96
846	Sonstige Abgaben auf Grund des Steuererfindungsrechtes der Länder	90.000	700.000,00	53.130,49
849	Nebenansprüche	74.500	74.500,00	66.349,41

E I N N A H M E N		Antrag 2013	Antrag 2012	Rechnung 2011
		EUR	EUR	EUR
850	Interessentenbeiträge von Grundstückseigentümern und Anrainern	465.000	417.000,00	440.097,45
852	Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	1.290.100	1.272.500,00	1.170.814,73
854	Sonstige Abgaben auf Grund des Steuererfindungsrechtes der Länder	1.000	8.000,00	2.767,15
856	Verwaltungsabgaben	2.225.500	2.081.900,00	2.075.567,46
857	Kommissionsgebühren	129.100	124.000,00	120.706,34
858	Ertragsanteile an der Spielbankenabgabe	900.000	800.000,00	854.448,00
859	Ertragsanteile ohne Spielbankenabgabe	226.530.000	215.620.000,00	207.372.313,78
860	Laufende Transferzahlungen vom Bund	13.271.100	12.748.600,00	13.410.918,61
861	Laufende Transferzahlungen vom Land	16.112.600	14.157.300,00	10.580.309,34
862	Laufende Transferzahlungen von Gemeinden, Gemeindeverbänden und -fonds	1.433.000	1.680.000,00	1.686.044,40
864	Laufende Transferzahlungen von sonstigen Trägern des öffentlichen Rechts	250.000	202.400,00	141.150,04
865	Laufende Transferzahlungen von Unternehmungen	2.263.200	1.214.700,00	1.097.323,11
866	Laufende Transferzahlungen von Kreditinstituten	12.000	12.000,00	16.500,00
867	Laufende Transferzahlungen von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	27.500	21.500,00	23.245,64
868	Laufende Transferzahlungen von privaten Haushalten	8.889.800	9.051.500,00	8.672.494,55
869	Gewinnentnahmen von Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben der Gemeinde	88.600	82.600,00	84.689,88
870	Kapitaltransfers vom Bund	2.850.000	2.850.000,00	2.990.416,00
871	Kapitaltransfers vom Land	8.300	8.300,00	8.585,75
879	Investitions- und Tilgungszuschüsse von Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben der Gemeinde	16.057.700	4.444.300,00	3.022.034,58
888	Laufende Transferzahlungen von der Europäischen Union	52.800	193.700,00	152.309,68
		575.549.700	533.141.800,00	513.480.281,10
9	<u>Kapital- und Abschlusskonten</u>			
910	Verrechnungen zwischen ordentlichem Haushalt und außerordentlichem Haushalt			101.844,44
968	Abwicklung des Soll-Abganges laufendes Jahr	26.393.200		12.987.946,02
		26.393.200		13.089.790,46
SUMME ORDENTLICHER HAUSHALT		606.385.600	558.409.200,00	543.569.101,66

A U S G A B E N		Antrag 2013 EUR	Antrag 2012 EUR	Rechnung 2011 EUR
0	<u>Anlagen</u>			
000	Bebaute Grundstücke	200.000		
001	Unbebaute Grundstücke	510.000	2.245.000,00	2.505.140,06
002	Straßenbauten	4.460.000	9.630.000,00	6.667.314,23
004	Wasser- und Kanalisationsbauten	1.150.000	650.000,00	116.431,74
006	Sonstige Grundstückseinrichtungen	1.525.000	1.320.000,00	1.163.819,70
010	Gebäude	2.080.400	3.376.700,00	3.365.089,63
020	Maschinen und maschinelle Anlagen	2.200	500,00	1.308,89
040	Fahrzeuge	1.533.000	1.655.000,00	1.200.070,95
042	Amtsausstattung		1.000,00	
043	Betriebsausstattung	2.622.500	3.465.900,00	2.020.130,08
050	Sonderanlagen	765.000	1.600.000,00	1.536.184,36
		14.848.100	23.944.100,00	18.575.489,64
2	<u>Geld, Forderungen, aktive Rechnungsabgrenzung, Rücklagen</u>			
298	Rücklagen	4.098.000	18.412.900,00	12.711.720,07
		4.098.000	18.412.900,00	12.711.720,07
3	<u>Verbindlichkeiten, passive Rechnungsabgrenzung</u>			
346	Investitionsdarlehen von Kreditinstituten	75.500.000	128.058.000,00	20.000.000,00
		75.500.000	128.058.000,00	20.000.000,00
6	<u>Sonstiger Verwaltungs- und Betriebsaufwand</u>			
611	Instandhaltung von Straßenbauten	250.000	250.000,00	280.445,78
640	Rechtskosten	550.000	800.000,00	498.190,72
652	Sonstige Zinsen - Inland			14.040.301,17
657	Geldverkehrsspesen			67,47
		800.000	1.050.000,00	14.819.005,14

A U S G A B E N		Antrag 2013 EUR	Antrag 2012 EUR	Rechnung 2011 EUR
7	<u>Sonstiger Verwaltungs- und Betriebsaufwand</u>			
710	Öffentliche Abgaben ohne Gebühren gemäß FAG			0,21
728	Sonstige Leistungen	240.000	75.000,00	19.054,08
770	Kapitaltransfers an Bund			1.660,00
771	Kapitaltransfers an Land	6.241.000	6.091.000,00	6.039.603,88
774	Kapitaltransfers an sonstige Träger des öffentlichen Rechts	208.000	210.000,00	102.500,00
775	Kapitaltransfers an Unternehmungen	37.634.200	42.051.000,00	46.386.221,01
777	Kapitaltransfers an private Institutionen	3.769.200	4.239.200,00	3.525.044,13
778	Kapitaltransfers an private Haushalte	320.000	150.000,00	386.481,22
779	Investitions- und Tilgungszuschüsse an Unternehmungen und marktbestimmte Betriebe der Gemeinde			1.000.209,22
		48.412.400	52.816.200,00	57.460.773,75
9	<u>Kapital- und Abschlusskonten</u>			
910	Verrechnungen zwischen ordentlichem Haushalt und außerordentlichem Haushalt			101.844,44
				101.844,44
	SUMME AUSSERORDENTLICHER HAUSHALT	143.658.500	224.281.200,00	123.668.833,04

E I N N A H M E N		Antrag 2013 EUR	Antrag 2012 EUR	Rechnung 2011 EUR
0	<u>Anlagen</u>			
000	Bebaute Grundstücke	600.000	9.485.000,00	7.600.580,01
001	Unbebaute Grundstücke	1.380.000	5.015.000,00	2.628.112,47
040	Fahrzeuge			79.016,00
		1.980.000	14.500.000,00	10.307.708,48
2	<u>Geld, Forderungen, aktive Rechnungsabgrenzung, Rücklagen</u>			
298	Rücklagen	1.640.000	1.230.000,00	15.773.696,29
		1.640.000	1.230.000,00	15.773.696,29
3	<u>Verbindlichkeiten, passive Rechnungsabgrenzung</u>			
346	Investitionsdarlehen von Kreditinstituten	132.653.800	198.602.100,00	87.847.100,00
		132.653.800	198.602.100,00	87.847.100,00
8	<u>Laufende Einnahmen</u>			
817	Ersätze für sonstige Verwaltungsleistungen	100	100,00	155.357,55
823	Zinsen			0,82
829	Sonstige Einnahmen			9,85
870	Kapitaltransfers vom Bund	35.000	35.000,00	
871	Kapitaltransfers vom Land	7.233.200	9.788.000,00	7.391.110,23
875	Kapitaltransfers von Unternehmungen	100.000	100.000,00	110.635,32
876	Kapitaltransfers von Kreditinstituten	16.400		25.026,48
877	Kapitaltransfers von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck			182.000,00
879	Investitions- und Tilgungszuschüsse von Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben der Gemeinde			1.000.209,22
		7.384.700	9.923.100,00	8.864.349,47
9	<u>Kapital- und Abschlusskonten</u>			
910	Verrechnungen zwischen ordentlichem Haushalt und außerordentlichem Haushalt		26.000,00	875.978,80
			26.000,00	875.978,80
	SUMME AUSSERORDENTLICHER HAUSHALT	143.658.500	224.281.200,00	123.668.833,04

**Zusammenfassung**

Fasst man den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt zusammen, ergibt die Gegenüberstellung der Voranschläge 2013 und 2012 mit der Rechnung 2011 folgendes Bild:

<b>E I N N A H M E N</b>	<b>Voranschlag 2013</b>	<b>Voranschlag 2012</b>	<b>Rechnung 2011</b>
Ordentlicher Haushalt	579.992.400,00	558.409.200,00	530.581.155,64
Abwicklung Soll-Abgang lfd. Jahr	26.393.200,00	0,00	12.987.946,02
Ordentlicher Haushalt gesamt	606.385.600,00	558.409.200,00	543.569.101,66
Außerordentlicher Haushalt	143.658.500,00	224.281.200,00	123.668.833,04
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>750.044.100,00</b>	<b>782.690.400,00</b>	<b>667.237.934,70</b>

<b>A U S G A B E N</b>	<b>Voranschlag 2013</b>	<b>Voranschlag 2012</b>	<b>Rechnung 2011</b>
Ordentlicher Haushalt	606.385.600,00	558.409.200,00	543.569.101,66
Abwicklung Soll-Abgang Vorjahre	12.987.900,00	0,00	0,00
Ordentlicher Haushalt gesamt	619.373.500,00	558.409.200,00	543.569.101,66
Außerordentlicher Haushalt	143.658.500,00	224.281.200,00	123.668.833,04
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>763.032.000,00</b>	<b>782.690.400,00</b>	<b>667.237.934,70</b>
<b>Abgang</b>	<b>12.987.900,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

Der Finanzdirektor:

Mag. Dr. Kepplinger eh.